

PARLAMENTARSREPORT



Liebe Leserinnen und Leser,

klare Ansage: Wir müssen jetzt schnellstens und schonungslos nachdenken, wie wir uns anders aufstellen und wie wir innerhalb und außerhalb des Parlaments die schlagkräftige soziale Opposition sein können, um zwar nicht die zahlenmäßige, aber die politische Oppositionsführerschaft zu erringen. Ich will dazu beitragen, was ich kann. Die Fraktion hat mich, zunächst für ein Jahr, wieder zum Vorsitzenden gewählt, damit will ich die Neuaufstellung begleiten.

Für dieses Vertrauen bin ich sehr dankbar. Wir müssen den Blick nun nach vorn richten und lösungsorientiert diskutieren. Alles kommt auf den Prüfstand: Mit welchen Strukturen wir arbeiten, wie wir uns thematisch aufstellen, wie wir kommunizieren und unsere Arbeit nach außen darstellen: Gewohnt sachlich, aber rebellischer im Auftreten, damit wir unsere Konzepte für ein soziales Sachsen besser zu Gehör bringen. Bei unserer Klausur in Meißen haben wir das mit externen Gästen schon andiskutiert, und Abgeordnete wie Beschäftigte der Fraktion arbeiten derzeit mit Hochdruck an neuen Ideen.

Wir kämpfen weiter – und freuen uns über jede Unterstützung. Auch wenn die Rahmenbedingungen für uns als nunmehr wohl einzige demokratische Oppositionspartei nicht leichter geworden sind: Wir resignieren nicht, sondern sind entschlossen, uns wieder größeren Einfluss zu erkämpfen, schon im Interesse der vielen Menschen in unserem Lande und außerhalb, die auf eine starke LINKE wie auf eine starke Linke angewiesen sind.

Rico Gebhardt

Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Für konstruktive und laute Opposition

Seit dem 1. Oktober ist der 7. Sächsische Landtag im Amt. Zur Konstituierung wurden auch die 14 Abgeordneten der Linksfraktion per Handschlag verpflichtet. Der alte Landtagspräsident ist auch der neue – Matthias Röbber (CDU), zuletzt in den Schlagzeilen als Gastgeber einer Wahlkampfveranstaltung mit Hans-Georg Maaßen, die in AfD-Kreisen euphorisch gefeiert wurde. „Mit diesem Votum für einen National-Konservativen demonstriert die CDU-Fraktion, dass sie aus dem Wahlergebnis nichts gelernt hat“, befand **LINKEN-Fraktionschef Rico Gebhardt**. „Richtig wäre es gewesen, ein Gesicht zu nominieren, das mit einer Positionierung gegen antihumanistische Tendenzen wahrgenommen wird.“ Röbber erhielt 87 Stimmen – die CDU stellt 45, die „Kenia-Koalition“ 67 Abgeordnete. Also muss Röbber Stimmen von der AfD erhalten haben – aus der Linksfraktion sicher nicht.

Eine Änderung der Geschäftsordnung führt dazu, dass die Linksfraktion trotz ihres Mandatverlusts weiter ein Vizepräsidenten-Amt besetzen kann. Sie nominierte Luise Neuhaus-Wartenberg, die im dritten Wahlgang gewählt wurde und mehr Stimmen erhielt als der AfD-Kandidat für den zweiten Vizepräsidenten-Platz. Die Geschäftsordnung stand überhaupt zur Debatte. Die Linksfraktion beantragte diverse Änderungen. Im Lichte jüngster Erfahrungen plädierten wir für drei anstelle von zwei Plenartagen pro Sitzungswoche, damit

die Beratungen nicht mehr bis in die Nacht dauern. Auch erhoben wir erneut die Forderung, dass die Ausschüsse grundsätzlich öffentlich tagen sollten, wie es in zahlreichen Bundesländern der Fall ist. Wir wollen die Staatsregierung stärker in die Pflicht nehmen, Landtag und Öffentlichkeit mit Informationen zu versorgen – über ihre Vorhaben, Staatsverträge, Verordnungen, Bundesratsangelegenheiten und mehr. Die Streichung der Ministerbefragung, über die CDU, SPD und Grüne diskutiert hatten, lehnte die Linksfraktion ab.

rungen künftig zwecks Veröffentlichung aufgezeichnet werden. Die angehenden Koalitionäre stimmten keinem dieser Vorschläge zu. Das macht wenig Hoffnung auf eine neue politische Kultur, in der Vorschläge mit Blick auf die Sache anstatt aufs Parteibuch diskutiert werden.

Nun muss laut Verfassung binnen vier Monaten ein Regierungschef gewählt werden, sonst gibt es Neuwahlen. Wir sind gespannt, ob eine „Kenia“-Koalition aus CDU, SPD und Grünen



Wir wollen sie aufwerten – etwa indem auch der Ministerpräsident regelmäßig Rede und Antwort steht. Und um zu zeigen, dass externer Sachverstand im Parlament gefragt ist, sollten Anhö-

zustande kommt und welchen Weg sie einschlägt. Wir nehmen den Auftrag der Wählerinnen und Wähler an und werden eine ebenso konstruktive wie laute Opposition sein!

Vorstand gewählt – zunächst bis 2020

Am 17. September hat die Linksfraktion sich eine Geschäftsordnung gegeben und einen Vorstand gewählt. Rico Gebhardt bleibt Vorsitzender (neun Ja-, vier Nein-Stimmen, eine Enthaltung) und Sarah Buddeberg Parlamentarische Geschäftsführerin (zwölf Ja- und zwei Nein-Stimmen). Zu stellvertretenden Vorsitzenden wählten die 14 Abgeordneten Susanne Schaper (neun Ja- und drei Nein-Stimmen) sowie Marika Tändler-Walenta (acht Ja- und fünf Nein-Stimmen). Die Amtszeit dieses Vorstandes läuft ein Jahr.

„Das Wahlergebnis war für uns – und für mich – ein politisches Erdbeben. Die Zerstörungen sind erheblich. Das sieht man an all denen, die leider nicht im Landtag sind. Nun ist die Antwort auf Erdbeben nicht, dass man alle beschädigten Häuser, die noch stehen, vorsorglich dem Erdboden gleichmacht. Es geht darum, das noch Bestehende auf Stabilität zu prüfen und das Kaputte stabiler wiederaufzubauen“, begründete **Rico Gebhardt** seine Kandidatur, über die er lange nachge-

dacht habe. Er wolle Verantwortung für die Neuaufstellung des parlamentarischen Arms der sächsischen LINKEN übernehmen und die Phase der Neuaufstellung begleiten. „Eine wichtige

Rolle haben für mich auch die unzähligen Anrufe und Nachrichten seit der Wahlnacht gespielt, die mich aufgefordert haben, jetzt in dieser schwierigen Situation nicht hinzuschmeißen.“



V. l. n. r.: Susanne Schaper, Marika Tändler-Walenta, Sarah Buddeberg, Rico Gebhardt.

Wofür wir streiten

Wir haben unsere 14 Abgeordneten gefragt:

Was ist die wichtigste politische Veränderung in Sachsen, für die Du in den kommenden fünf Jahren im Landtag streiten willst?

Hier sind die Antworten:

„Das wichtigste Thema der nächsten fünf Jahre und darüber hinaus ist die Bewahrung unserer Lebensgrundlagen. Der Schutz von Klima und Umwelt umfasst alle Sektoren – Energieversorgung, Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft. So wie Deutschland



weltweit vorbildlich werden sollte, muss Sachsen in Deutschland vorbildlich sein. Das heißt: Vorfahrt für erneuerbare Energieträger, Alternativen zum Auto und energetische Sanierung fördern, die Nahrungsmittelproduktion ökologisch machen, Insekten schützen. Es gibt viel zu tun – und die Zeit drängt!“

Marco Böhme, MdL

„Sachsen muss sich der Digitalisierung stellen. Derzeit sind Verwaltung und Infrastruktur schlecht vorbereitet. Datennetze gehören in die öffentliche Hand, öffentlich gesammelte Daten müssen frei zugänglich sein. Digitalisierung verändert auch



die Arbeit. Dauernde Belastung und Erreichbarkeit steht wachsender Produktivität gegenüber. Die Forderung nach einer 30-Stunden-Woche ist wieder aktuell!“

Nico Brünler, MdL

„Ich werde mich für eine gewaltfreie Gesellschaft einsetzen, in der es keine Diskriminierung auf Grund von Herkunft, Geschlecht, sexueller Ori-



entierung oder sozialem Status gibt. Es geht nicht um Sonderrechte, sondern um ein Sachsen, in dem wir alle frei und selbstbestimmt leben können. Mein Motto bleibt daher: Lieber gleichberechtigt als später!“

Sarah Buddeberg, MdL

„Überall in Sachsen muss es sich gut leben lassen. Ich will dafür streiten, dass es überall schöne gleichwertige



Lebensbedingungen gibt, was vor allem abseits der Großstädte großes Engagement erfordert. Wir dürfen aber keine Region abhängen oder aufgeben. Ein zweites wichtiges Ziel ist der Schutz des öffentlichen Eigentums vor Privatisierung.“

Antje Feiks, MdL

„Wir sollten als Freistaat alle Möglichkeiten nutzen, um Profitinteressen aus zentralen Lebensbereichen herauszuhalten. Es gibt Felder, die für unser aller Leben enorm wichtig sind



und wo es nicht darauf ankommen darf, dass Leistungen sich rechnen, sondern dass sie in höchster Qualität erbracht werden – etwa die Wasser- und Energieversorgung, Krankenhäuser, Pflege oder Wohnen. Öffentliches Eigentum vor privaten Interessen!“

Rico Gebhardt, MdL

„Ich werde mich u.a. für mehr Jugendbeteiligung einsetzen, z. B. durch Absenkung des Wahlalters und Einführung von Jugendbeteiligungsforen. Außerdem streite ich für die Erhöhung und Weiterentwicklung der Jugend-



pauschale, um Jugendclubs und Alternative Jugendzentren, vor allem außerhalb der Großstädte, zu erhalten und auszubauen. Weiterer wichtiger Punkt ist die Stärkung von Jugendprojekten gegen z. B. Neonazismus.“

Anna Gorskih, MdL

„Ich streite für eine solidarische und unteilbare Gesellschaft, für Freiheit und Gleichheit – diesseits und jen-



seits des Parlaments, gemeinsam mit der demokratischen Zivilgesellschaft. Das heißt in Sachsen vor allem, vereint standzuhalten gegen autoritäre Entwicklungen und den bedrohlichen Rechtsruck. Deshalb brauchen wir endlich ein Gesamtkonzept zur Zurückdrängung der extremen Rechten.“

Kerstin Köditz, MdL

„Für ein besseres Sachsen! Ich setze mich in den nächsten fünf Jahren für einen gelingenden Strukturwandel ein. Denn es wird nicht der letzte



sein. Wir brauchen viele Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern, um Konflikte zu lösen, oder vielleicht auch erstmal ungewöhnliche Projekte, wie ein Modellprojekt Grundeinkommen oder eine geförderte Regionalwirtschaft.“

Antonia Mertsching, MdL

„Ich will im Landtag eine Stimme von Mieterinnen und Mietern sein und werde dafür streiten, dass Mieten bezahlbar bleiben und werden. Dafür braucht es grundlegende Veränderungen, nicht nur beim sozialen Wohnungsbau. Wohnen ist Teil der Daseinsvorsorge, keine Ware. In diesem Sinne müssen öffentliche und



gemeinwohlorientierte Vermieter gestärkt und die Dominanz der privaten Immobilienunternehmen zurückgedrängt werden.“

Juliane Nagel, MdL

„Wir haben jetzt jahrelang über Geld und Lehrkräftestellen reden müssen. Ich will, dass endlich wieder Bildungspolitik gemacht wird! Wir müssen



moderne Pflege erhalten kann – ohne Kopfzerbrechen, ob man sie sich leisten kann!“

Susanne Schaper, MdL

„Ich wünsche mir moderne gesetzliche Rahmenbedingungen für einen zeitgemäßen Bevölkerungsschutz. Das bedeutet auch, das Sächsische Gesetz über den Brandschutz, Ret-



Franz Sodann, MdL

„Sachsen muss sich stärker einbringen in Europa, dazu kann auch der Landtag beitragen. Europapolitik darf sich nicht darin erschöpfen, Fördermittel abzugreifen. Wir wollen ein positives Leitbild für ein Europa der



Regionen entwickeln und streiten für die Umgestaltung der EU zur Sozial-, Rechts- und Wirtschaftsunion. Wir wollen kein Europa des Kapitals, sondern eines für uns Menschen, das den Frieden sichert. Das verlangt den radikalen Umbau der EU-Institutionen.“

Marika Tändler-Walenta, MdL



dringend darüber nachdenken, was wie gelernt und gelehrt werden soll. Das Bildungssystem muss verantwortungsbewusste, demokratische und friedensbewegte junge Menschen hervorbringen, die unsere Gesellschaft weiterentwickeln helfen.“

Luise Neuhaus-Wartenberg, MdL

„Es gibt auch in Sachsen inzwischen Pflegeheime, in denen alle oder fast alle Bewohner zum Sozialamt müssen, obwohl sie ihr Leben lang gearbeitet und Beiträge in die Pflegeversicherung eingezahlt haben. Eine Schande! Wir wollen eine Pflegeversicherung, die ihren Namen verdient. Alle, die ein Einkommen erzielen, ob aus Arbeit oder am Finanzmarkt, sollen für dessen gesamte Höhe Beiträge einzahlen. Ich will eine Gesellschaft, in der jeder menschenwürdige



tungsdienst und Katastrophenschutz in zielgenaue Einzelgesetze weiterentwickeln. Und ich will, dass die Kommunen mehr finanziellen Entscheidungsspielraum bekommen, damit sie das Leben vor Ort verbessern können, anstatt von einer Pflichtaufgabe zur nächsten zu hetzen.“

Mirko Schultze, MdL

„Ich sehe die Bewahrung der Freiheit von Kunst und Kultur als meine oberste Aufgabe. Wir wollen Freiräume erhalten und ausbauen. Im ländlichen Raum sollen Atelierbeauftragte die dortige Entwicklung unterstützen. Und ich kämpfe für mehr Verbraucherschutz dahingehend, dass die Staatsregierung endlich ihrer Pflicht nachkommt, zu verhindern, dass die Menschen an jeder Ecke vom Kapitalismus über den Hobel gezogen werden.“



Unsere Landtags-Vizepräsidentin:
Luise Neuhaus-Wartenberg

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

www.linksfraktion-sachsen.de

Glückwünsche für Luise Neuhaus-Wartenberg nach ihrer Wahl zur Landtags-Vizepräsidentin



Schon zur Konstituierung des 7. Sächsischen Landtages gab es klare Ansagen der LINKEN-Abgeordneten - hier Marco Böhme und Anna Gorskih

Erste Initiative: Für eine gerechte Grundsteuer!

Schon der erste Vorstoß der Linksfaktion in der neuen Wahlperiode betrifft uns alle: Es geht um die Reform der Grundsteuer. Unser Gemeinwesen kann nicht auf diese Einnahme verzichten. Doch es kommt darauf, wer durch die Steuer wie stark belastet wird. Wer ein kleines oder mittleres Einkommen hat, soll nicht mehr zahlen müssen. Die Grundsteuer darf auch nicht den angespannten Wohnungsmarkt in den Städten und die steigenden Mietpreise weiter hochtreiben. Nicht-profitorientierte, gemeinwohlorientierte und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen und -träger sollten von ihr befreit werden.

Vor allem wollen wir erreichen, dass die Grundsteuer nicht mehr auf die

Miete umgelegt werden kann. Das muss auf der Bundesebene geregelt werden – aktuell gibt es im Bundesrat einen Gesetzesantrag des rot-rot regierten Landes Berlin, die Umlagemöglichkeit abzuschaffen. Die Grundsteuer soll also kein Bestandteil der Betriebskosten mehr sein dürfen, dazu müsste die Betriebskostenverordnung geändert werden. Dann wäre die Grundsteuer eine Eigentümerabgabe, entsprechend dem Grundsatz „Eigentum verpflichtet“. Wir wollen die sächsische Landesregierung beauftragen, das im Bundesrat zu unterstützen. Die Entlastung der Mieterinnen und Mieter ist also Thema unseres ersten Antrages nach der Wahl – und ein klarer Auftrag an die nahehe „Kenia“-Koalition.

Wir halten auch an unserer Forderung fest, dass die Grundsteuer den Verkehrswert der Gebäude und Grund-

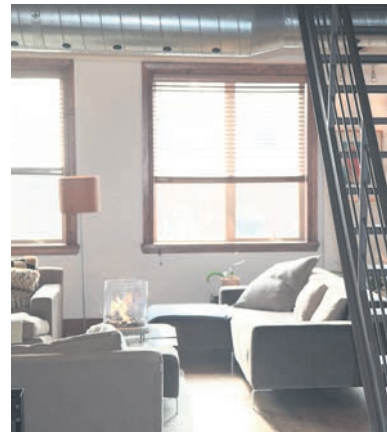


Bild von LEEROY Agency auf Pixabay

stücke berücksichtigen muss. Sonst müssten Villenbesitzer für einen Quadratmeter Wohnfläche nicht mehr Grundsteuer bezahlen als die Mieterinnen und Mieter einer Sozialwohnung.

Die Grundsteuer wird bald ein landespolitisches Thema werden – denn das entworfene Bundesgesetz enthält eine Öffnungsklausel für die Länder, die Alleingänge ermöglicht. Bayern hat schon angekündigt, eine vom Wert des Grundstückes unabhängige Grundsteuer anzustreben. Auch Sachsens Finanzminister will diese Regelung nutzen. Wir werden der neuen Regierung genau auf die Finger schauen und aufpassen, dass das nicht zu unsozialen Grundsteuer-Änderungen führt!

Keine Opposition im Wartestand

Wohl bis zum Jahresende werden CDU, SPD und Grüne hinter verschlossenen Türen darüber verhandeln, was sie sich für die nächsten fünf Jahre vornehmen wollen – und mit welchem Personal eine neue Regierung arbeiten soll. Die Opposition bleibt draußen. Aber wir warten natürlich nicht, bis die Koalitionäre zu Potte gekommen sind. Wir begleiten die Verhandlungen mit Forderungen, denn viele Probleme harren einer schnellen Lösung. Sachsen verdient eine Landesregierung, die zum Beispiel ...

- die Ausbildung attraktiver macht. Denn Sachsen braucht mehr Handwerkerinnen und Handwerker, zu viele Lehrstellen bleiben frei. Auszubildende sollen künftig kostenlos zur Berufsschule kommen. Wir wollen ein landesweites Bildungs-Ticket für den gesamten Ausbildungsverkehr, ob zur Schule oder Berufsschule: Zehn Euro für alle im ganzen Land! Heute müssen viele

Auszubildende über hundert Euro von ihrem oft sehr bescheidenen Lehrlings-Salär für die Monatskarte aufbringen. 68 Euro für das Verkehrsverbände-übergreifende Ticket, wozu sich die CDU/SPD-Koalition mit Ach und Krach durchgerungen hat, sind zu viel.

- Druck macht für höhere Löhne, etwa durch ein soziales Vergabegesetz. Staatliche Aufträge sollen nur noch an Unternehmen gehen, die gute Arbeit auch anständig bezahlen. Es soll nicht mehr nur um das vermeintlich wirtschaftlichste Angebot gehen, das in der Regel das billigste ist. Wie wichtig solcher Druck ist, zeigt der aktuelle Warnstreik von Gebäude-Reinigungskräften.

- Strukturwandel-Politik nicht nur für Braunkohle-Revier macht, sondern auch für die sächsische Automobilindustrie, in der zehntausende Arbeitsplätze durch die Umstellung auf Elek-

tromobilität wegzufallen drohen – vor allem in der Industrieregion Chemnitz/Erzgebirge. Die Suche nach klima- und umweltschonender Mobilität ist wichtig. Die Menschen in Sachsen haben aber einen Anspruch darauf, dass die Regierungspolitik diese Prozesse mit Industriepolitik begleitet, um einem Kahlschlag in der Industrielandschaft entgegenzuwirken.

- sich um bezahlbares Wohnen kümmert. Seit 2006 ist der Bestand an Sozialwohnungen in Sachsen von 134.000 auf 11.800 und damit um 95 Prozent (!) gesunken. Die CDU-geführten Regierungen geben nicht einmal die Bundesmittel für soziale Wohnraumförderung vollständig an die Kommunen weiter, und sie investieren kein Landesgeld. Das muss sich ändern!

- Familien mehr Zeit gibt. In unserem Nachbarland Thüringen ist der Weltkin-

dertag am 20. September dank rot-rot-grüner Mehrheit gesetzlicher Feiertag. Wir wollen für Sachsen ebenfalls einen gesetzlichen Familien-Feiertag: den ersten Freitag im Juni im Zusammenhang mit dem Internationalen Kindertag. Das wäre ein starkes Signal an die Familien und passte als nichtkonfessioneller Feiertag zu einer Gesellschaft, die zu drei Vierteln nicht religiös, aber an humanistischen Werten des Zusammenlebens interessiert ist.

- jungen Leuten mehr demokratische Beteiligung ermöglicht. Engagierte junge Menschen treiben schon seit über einem Jahr die herrschende Politik in der Schlüsselfrage Klimaschutz vor sich her. Nicht zuletzt deshalb ist es höchste Zeit, Kindern und Jugendlichen die Mitwirkungsrechte zu geben, die ihnen zustehen. Gerade Sachsen ist da besonders rückständig – hier gibt es im Unterschied zur Mehrheit der Bundesländer nicht mal Wahlalter 16 bei Kommunalwahlen. Dass Jugendliche ab 16 mit der Fahrschule beginnen können, aber nicht mitentscheiden dürfen, wie ihr Lebensumfeld aussieht, ist ein Widerspruch!

Nur noch peinlich

Sachsens Ex-Ministerpräsident Tillich (CDU) hat einen neuen Job – als Aufsichtsratschef bei der Mitteldeutschen Braunkohlengesellschaft. Das hat „mehr als ein Geschmäcke“, finden Linksfaktionschef Rico Gebhardt und die stellvertretende LINKEN-Landesvorsitzende Dr. Jana Pinka. Denn Tillich war in seiner Amtszeit ein gnadenloser Kohlelobbyist ohne Rücksicht auf Verluste bei Umwelt und Kultur, und nun verdient er sein Geld ausgerechnet mit einem Bergbauunternehmen. Seine Arbeit in der Kohlekommission diente wohl der Vorbereitung.

Tillichs Nachfolger Kretschmer fällt indes mit destruktiven Rundumschlägen gegen ein sowieso unzureichendes „Klimapaket“ als Verteidiger der Vergangenheit auf. Und diese personifizierte Vergangenheit macht nun Kohle mit der Kohle ...



Impressum

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351/493-5800
Telefax: 0351/493-5460

E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de

V.i.S.d.P.: Marcel Braumann
Redaktion: Kevin Reißig

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag